

Berlin, 1. Juni.

Eröffnung 12½ Uhr. Am Ministerische: Am Anfange der Sitzung Niemand, später Ministerpräsident Graf Bismarck. Die Bänke des Hauses sind verhältnismäßig stark besetzt; es sind circa 90 Personen im Saale anwesend; auch auf den Tribünen sind diesmal einige Zuhörer, ebenso in der Loge für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses.

Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Bernigerode eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen; u. A. theilt er mit, daß Graf Hardenberg als ordentliches Mitglied in das Haus berufen und bereits eingetreten sei. Er begrüßt denselben mit dem Wunsch, daß er mit gleichem Interesse und mit gleicher Theilnahme, wie sein verstorbenen Herr Vater, an den Arbeiten des Hauses theilnehmen möge. — Auf Befragen erklärt Graf Hardenberg, daß er den Eid auf die Verfassung bereits geleistet habe.

Sobann wird ein Schreiben des Fürsten zu Hainau-Wolbeck, Mitglied des Herrenhauses, mitgetheilt, worin dieser erklärt, daß er zu seinem Weibern durch Krankheit verhindert sei, an den Sitzungen des Hauses theilzunehmen, daß er aber sonst für die Bundesversammlung gestimmt haben würde.

Darauf wird ein Schreiben des Freiherrn v. d. Busche-Streithorst verlesen, worin dieser aus Veranlassung der bei ihm in Hannover und auf seinem in Weiskalen gelegenen Gute abgehaltenen Hausfuchung erklärt, daß, wenn er auch seine Sympathien für das Welfenhaus nie verleugnen werde, er doch nie der Pflichten uneingedenk sein werde, die er als Unterthan des Königs von Preußen und als Mitglied des Herrenhauses habe. Da es ihm nun durchaus nicht gleichgültig sei, was das Herrenhaus über ihn denke, so erkläre er aus Ehre und Gewissen, daß er sich in keinerlei Verbindungen gegen Preußen eingelassen habe und nie und nimmermehr einlassen werde. Von Conspirationen und Werbungen für die hannoversche Armee wisse er nur das, was er in den Zeitungen davon gelesen.

Präsident Graf Stolberg: Ich glaube, daß das Haus mit Genugthuung die Erklärung des Herrn v. d. Büsche vernommen hat.

Nachdem darauf Mittheilung von verschiedenen Eingängen aus dem Abgeordnetenhaufe gemacht worden, wird in die Tages-Ordnung eingetreten, deren einziger Gegenstand die Schlußberatung über die Verfassung des norddeutschen Bundes.

Referent Dr. Heffter hat den Antrag gestellt:
„Das Herrenhaus wolle beschließen: über die Vorlage nach dem Schlusse
der allgemeinen Discussion ohne weitere Berathung im Ganzen abzu-
stimmen“.

und in der Sache selbst:
„Dem von der königlichen Staatsregierung vorgelegten Verfassungsentwurf nebst dem Publications- und Einführungsgeſetz die Zuſtimmung zu ertheilen“.

Ref. Dr. Heffter bestritt seine Anträge, indem er zunächst nachzuweisen versuchte, daß die vorgelegte Verfassung mit den vom preussischen Landtage und speciell vom preussischen Herrenhause wahrzunehmenden Rechten vereinbar sei. Er geht hierbei auf einzelne Verfassungsbestimmungen ein. Es sei allerdings zunächst nur ein norddeutscher Bund projectirt; dieser könne aber erstlich für sich selbst bestehen und dann wären auch den süddeutschen Staaten die Thore geöffnet. Die einheitliche kräftige Militärgewalt liege in einer Hand, in der Hand des Königs von Preußen und die nöthigen Finanzmittel seien gewährt. Die vortrage. d. Verfassung unterscheide sich allerdings von der im Jahre 1849 in Frankfurt und 1850 in Erfurt beschlossenen dadurch, daß hier nur ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangener Reichstag, dort aber ein Ober- und Unter-Haus, resp. Staats- und Volks-Haus vorge-
sehen sei.

Das Herrenhaus habe nun bei Verabreichung des Reichswahlgesetzes in einer Resolution anempfohlen, ob nicht neben der Reichsversammlung ein Staatenhaus konstituiert, und ob nicht die Hälfte der Reichsvertretung aus der Klasse der Höchstbesteuerten hervorgehen solle. Er bedauere es, daß diese Resolution nicht berücksichtigt worden sei, glaube aber, daß dieser Umstand eine Ablehnung der Verfassung nicht motiviren könne. Denn ersichtlich würden durch den Bundesrath, der volles Stimmrecht neben dem Reichstag habe, die konservativen Interessen hinreichend gewahrt werden und dann würden in Folge davon, daß keine Diäten an die Abgeordneten gezahlt würden, die Conservativen und Höchstbesteuerten wohl genügend im Reichstage vertreten sein. — Auch der Nachtheil des preussischen Staates und der preussischen Krone seien gebührende Rechte eingeräumt und die militärischen Einrichtungen des Bundes entsprächen der militärischen Entwicklung unserer Zeit. Preußen hätte künftig nicht mehr allein die Militärlast zum Schutze ganz Deutschlands zu tragen. Man habe ein Bedenken dagegen geäußert, daß die Friedenspräsenzstärke der Armees und das zur Aufrechterhaltung derselben erforderliche Geld nur bis 1871 bemittelt sei; indeß sehe er hierin keine Gefahr, da ja, wenn ein neues Gesetz nicht zu Stande käme, das Geld fortgehoben würde. Es sei ferner ein Mangel, daß die Rechte der Reichsmittelbaren in der Verfassung nicht anerkannt wären, dies sei um so bedauerlicher mit Rücksicht auf den erwarteten Zutritt von Süddeutschland, da es dort viele und bedeutende solcher Familien gebe.

Nachdem Keddle noch andere Ausstellungen gemacht, u. A. die Straf-
freiheit der Berichte über die Verhandlungen und die Strafreiheit der Ab-
geordneten, fuhr er fort: Trotz alledem muß ich Ihnen, wenn auch ohne
Enthusiasmus, so doch aus voller Ueberzeugung die Annahme der Verfassung
empfehlen. Denn Unvollkommenheiten giebt es überall und sind nirgends zu
vermeiden. Und ich glaube, wir können hiebei vertrauen auf die Einsicht des
Schöpfers dieses Planes, des großen Staatsmannes, welcher gegenwärtig die
Geschicke des preussischen Staates leitet. Dazu kommt, daß die Unvollkom-
menheiten nicht fundamentaler Art, sondern verbesserlich sind. Ich bitte Sie
deshalb, durch Ihr Votum den ersten bestätigenden Hammerschlag auf das
Fundament des neuen Bundes zu geben.

Grundgedanken des neuen Reichs: Es ist sehr erfreulich, wenn man in diesen Saal hineinkommt, noch eine so große Zahl von Anwesenden zu sehen. Schon diese Zahl beweist deutlich das lebendigste Interesse für die Sache. Ich glaube auch nicht zu irren, wenn ich annehme, daß im ganzen Hause kein einziges verneinendes Votum abgegeben werden wird. Natürlich wird nicht mit jedem Mittel einverstanden sein, aber jeder Anfang ist schwach, und klein, auch der Mensch fängt als Kindlein an. Es ist sehr merkwürdig, daß dies Wort bis jetzt so weit gelungen ist. Denken Sie an frühere Zeiten, und Sie werden sich erinnern, daß gar manche Männer mit Sehnsucht darauf verlangt haben, daß die Verhältnisse sich so gestalten möchten, wie sie heute vorliegen. (Hebner citirt zum Beweise dessen einen Vers Alderts.) Ich könnte einzelne Wünsche, die ich in dieser Verfassung realisiert sehen möchte, aufzählen; der Referent hat schon einige herbeorgehoben, ich möchte noch 3. B. hinzufügen, daß jeder einzelne Abgeordnete nur in seinem Wahlkreise gewählt wird, damit nicht Verhältnisse eintreten, wie wir sie jetzt haben, wo im Abgeordnetenhaus 40 Berliner sitzen. Ich kann es nicht unterlassen, meine Ehrerbietung gegen die Fürsten und freien Städte auszusprechen, die sich mit Sr. Majestät verbunden, wegen der Beschränkungen, die sie sich auferlegt, namentlich meine ich auch Seine Majestät den König von Sachsen. Es wird Niemand so ultraliberal sein, die Einheit Deutschlands auf einmal zu wollen. Die Regierungen haben jetzt das Ihrige gethan; nun tritt die Frage heran, was that das Volk? Wird dasselbe so weiter verfahren, wie es seit 19 Jahren gethan hat, versührt durch den gräßlichen Einfluß der Zeitungen? Wenn ich daran denke, bis zu welchem Grade diese Versführung ging, wie man die Parole auswarf: Nieder mit diesem Ministerium! Keine Verzichtung! meine Herren, mit diesem selben Ministerium, so kann ich meiner Indignation keine Worte leihen.

Vielleicht wird ein anderer Herr Nebner die Güte haben, dies weiter auszuführen. Daß in den verschiedenen deutschen Ländern Separatinteressen existiren, namentlich zwischen Nord- und Süddeutschland, wird Niemand leugnen, das liegt in der Abwechselung von Berg und Thal. Aber schon in den ältesten Zeiten hat eine Verbindung zwischen beiden bestanden, und auch jetzt ist dieselbe offen gehalten. Es ist übrigens eine eigenthümliche Erscheinung, daß die evangelischen Kirchen in Berlin unter der Leitung süddeutscher Männer stehen. Wir haben außerdem die Gemeinschaft in dem Besitz aller Werke der Wissenschaft und Kunst, in den Universitäten, endlich in unserer edeln,

löslichen deutschen Sprache. Aus Süddeutschland haben wir das Geschlecht der Hohenzollern. Die Süddeutschen können unsere norddeutschen Städte, wie Hamburg, Lübeck, Bremen, Leipzig, nicht entbehren. Der Charakter der Bevölkerung in den großen Städten ist immer mehr kosmopolitisch in Folge des allgemeinen Weltverkehrs; den vaterländischen Sinn für deutsches Wesen findet man mehr in Dörfern. Eminente Gelehrsamkeit geht meistens aus kleinen Städten oder Dörfern hervor. Der Herr Ministerpräsident ist eben so wenig wie seine sämtlichen Collegen mit Spreewasser getauft. Vaterlandsliebe ist ein ungemein wichtiges Element in deutschen Verhältnissen, doch ist dieselbe in letzter Zeit etwas zurückgegangen, obgleich gerade das vorige Jahr auch Beispiele vom Gegentheil gegeben hat. Es ist gar mancher Vater im hohen Alter mit seinem Sohne gemeinschaftlich in den Krieg gezogen, Männer, Frauen und Mädchen linderten die Wunden des Kriegees in der Gemeinschaft von Christi Liebe. Das geistige Band, das den Norden und den Süden umschlingt, ist zuerst von dem geistigen Schwerte des armen Mönches Bonifacius gegründet worden. Ueberhaupt kann eine innige Nationalgemeinschaft nur durch geistige Bande geschaffen werden.

Die Bildung wird begleitet von dem furchtbar steigenden Luxus, von der Modejucht und Verschwendung, die alle Klassen des weiblichen Geschlechtes ergreifen. Es werden Millionen an Frankreich bezahlet für eitle Luxusartikel; allein für Seidenstoffe werden in einem Jahre nach Frankreich und Belgien 20 Millionen Thlr. aus dem Zollverein ausgeführt. Es ist das um so trauriger, als das Verberben deutscher Sitte lediglich nach schlechten Pariser Mustern geschieht. Unsere Damen müssen diese Moden nun einmal nachäffen. — Hedner erinnert sodann an die gewaltsame Vertilgung deutscher Sitte und Sprache im Elsaß und Lothringen, spricht über den im deutschen Sprichworte sich ausprägenden deutschen Charakter und schließt mit einigen Betrachtungen über die deutsche Sprache. — Wenn jebe Sprache den Beruf hat, das innere Leben zu fördern, so gilt dies namentlich von der deutschen; ich brauche nur auf Worte wie „Gemüth“, „Sehnsucht“, „Heimath“ hinzuweisen. (Beifall.)

Herr v. Kleist-Rexow hat mancherlei und zum Theil sehr ernste Bedenken gegen die Annahme der Reichsverfassung. Er sagt sie zusammen in dem Satz, daß die Macht der Vertretung, die hervorbehe als einheitlicher Körper aus allgemeinen gleichen und directen Wahlen, gegenüber den einzelnen Regierungen zu stark hervorgehoben sei. Zwar gebe der dritte Absatz des Artikels 62 der Reichsverfassung der Regierung eine gute Waffe in die Hände. Denn nach diesem müßten im Falle eines Conflictes die Mittel, welche das Bundespräsidium brauche, um das Militär auf dem gegenwärtigen Stande zu erhalten, als Matricular-Beiträge von den einzelnen Regierungen zur Bundeskasse gezahlt werden, abgehen, wie er besonders hervorhebe, von allen andern Einnahmen, die das Bundespräsidium aus den Zöllen, den Verbrauchssteuern, dem Post- und Telegraphenwesen u. habe. Der Ministerpräsident habe sich freilich gegen diese Interpretation im andern Hause ausgesprochen, doch habe er natürlich damit nur gemeint, die Regierung werde von dieser ihrer Befugniß nicht mit zu großer Maßlosigkeit Gebrauch machen, sondern sie würde nie mehr entreißen, als sie brauche. — Rexner führt sodann seine Bedenken auf; dieselben richten sich einmal gegen das Stimmenverhältniß im Bundesrathe, das zu ungünstig für Preußen sei, namentlich für den Fall des Hinzutritts Süddeutschlands, sodann aber namentlich gegen die einzelnen den Reichsrath betreffenden Bestimmungen des Entwurfs, über die er sich des Weiteren ausläßt. Trotzdem werde er für die Annahme stimmen, denn die drohenden europäischen Verhältnisse verlangten für die norddeutschen Verhältnisse eine kräftige Consolidirung. Der beständige Lebensstrom deutschen, preussischen, monarchischen Geistes, hoffe er, werde das Werk durchströmen; Gott wisse auch den Irtum seinem Ziele dienstbar zu machen. Darum sage auch er getrost und frohlich „Ja“ zu dem Werke.

Ein Antrag auf Schluß der General-Discussion wird abgelehnt. Graf Brühl: Auch er werde nicht „Nein“ sagen, obgleich das vielleicht auffällig sein dürfte. Aber er halte es für unmöglich, daß jetzt auch nur für den Augenblick etwas nicht zu Stande komme, daß ein Factor der preussischen Gesetzgebung ein Wort eines Nationalkörpers ablehnen könne. Er stimme jedoch mit schwerem Herzen dafür, denn die Grundlage des Wertes, das demokratische Wahlrecht, sei keine, der es sich anschließen könne. Er lehne deshalb jede Verantwortlichkeit ab und überlasse dieselbe ganz und gar der Staatsregierung, der es mit dem festen Kerne, den sie allerdings in dem geschmähten Budgetrechte der Volksvertretung besitze — in diesem Punkte schließt sich Redner der Interpretation des Herrn v. Kleist an — möglich werden dürfte, die Regierung im monarchischen Sinne zu führen und nicht bloß die Verbindung der deutschen Staaten herzustellen, sondern auch die mit Oesterreich. So stimme er für Annahme der Verfassung zwar nicht mit frohem Herzen, aber mit ruhigem Gemissen.

Hr. v. Kröcher: Ich habe die deutschen Einheitsbestrebungen von Anfang an mit einem gewissen Mißtrauen betrachtet, nicht etwa, weil ich kein Herz für Deutschland hätte, sondern weil ich fürchtete, das Preußen in Deutschland aufgehen könnte. Ich habe in der letzten Session auch gegen das Reichswahlgesetz gestimmt, weil ich große Bedenken gegen das allgemeine Wahlrecht habe. — Ich werde aber trotzdem heute für die Verfassung stimmen, weil das Zustandekommen derselben nöthig ist und wir etwas Besseres nicht an ihre Stelle setzen können. Auf eine allgemeine Kritik will ich mich nicht einlassen, sondern nur 2 Punkte hervorheben: 1. das Budgetrecht und speciell das Militärbudget und 2. das allgemeine Wahlrecht. Was den ersten Punkt anbelangt, so kann ich die Bedenken nicht alle theilen, welche von conservativer Seite gegen die betreffenden Verfassungsbestimmungen ausgesprochen worden sind. Denn die Einnahmen und die Freiheitsstärke des Heeres stehen fest; und beide können nur durch ein neues Gesetz abgeändert werden. Allerdings hätten die Bestimmungen etwas klarer und deutlicher gefaßt werden können, da bei der jetzigen Fassung die Möglichkeit eines Conflictes nicht ausgeschlossen ist. Ich bin indeß der Ansicht, daß wir einen solchen Conflict nicht zu fürchten haben, zumal wir dem preussischen Militär-Conflict viel zu danken haben. Denn durch den Conflict ist der Beweis geführt, daß die Demokratie ohnmächtig ist, wenn sie sich mit der königlichen Gewalt in einen Kampf einläßt, daß eine starke Regierung auch die erbitterteste Opposition nicht zu fürchten braucht und daß die Demokratie sich andere Kampfobjecte als die Armee wid suchen müssen. — Was das Wahlsystem anbelangt, so halte ich allerdings das Dreiklassenwahlsystem für besser, zumal in aufgeregten Zeiten das allgemeine Wahlrecht leicht ein gefährliches Feld zu Massenagitationen werden kann. Indes wird die starke Regierung, welche in der Verfassung statuiert wird, auch hiergegen zu kämpfen wissen und siegen, wenn nur ihre Freunde sie genügend unterstützen. Und in dieser starken Regierung liegt der Keim für die bessere Zukunft Preußens und Deutschlands.

Fürst zu Solms-Lich: Ich muß der Ansicht entgegenreten, als ob für Preußen durch die Annahme der Bundesverfassung etwas verloren ginge. Was etwa aufgegeben worden ist, mußte aufgegeben werden im Interesse der Einigung. Dafür haben wir aber für Deutschland viel gewonnen an Einheit, an Würde und an Sicherheit.

Die Debatte wird darauf geschlossen und der Antrag I. des Referenten einstimmig angenommen; über Antrag II. (Annahme der Verfassung) wird namentlich abgestimmt.

Es werden 112 Stimmen abgegeben, welche sämmtlich für die Verfassung sind; dieselbe ist also einstimmig angenommen.

Der Präsident theilt mit, daß aus dem Abgeordnetenhaufe zwei Gesetzentwürfe herübergekommen sind, der eine, betreffend die Maaßsteuer im Kreise Weklar, und der andere über die Einführung der Branntweinsteuer im Jagdgebiet; ferner ist eingegangen der siebzehnte Bericht der Staatsschulden-Commission. — Auf den Vorschlag des Präsidenten werden alle drei Gegenstände zur Schlußberatung gestellt und zu Referenten ernannt für den ersten Gegenstand Hr. v. Rabe, für den zweiten Hr. v. Mebing und für den dritten Hr. v. Bernuth.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung, am 24. Juni 11 Uhr. Tages-Ordnung: Die drei eben genannten Gegenstände, die zweite Lesung der norddeutschen Verfassung, das Gesetz über Aufhebung der Zinsbeschränkungen und ein Bericht der Matrikel-Commission.

(Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über Maischsteuer u. s. w. werden wir im Morgenblatte mittheilen.)

den Vortrag des Kriegsministers und des General-Adjutanten General-Majors von Tresckow entgegen.

Um 11 Uhr fanden im Beisein des Gouverneurs und des Commandanten militärische Meldungen und die Uebergabe der Monats-Rapporte seitens der betreffenden Commandeure an Se. Majestät statt und empfingen Allerhöchstdieselben hierauf noch den Oberstämmer Grafen Redern, den Oberst und Flügel-Adjutanten von Schweinitz und arbeiteten alsdann wieder mit dem Kriegsminister und General-Adjutanten von Treßow.

Später nahmen Se. Majestät die Vorträge des Geheimen Cabinets-Rathes von Wähler und des Wirklichen Geheimen Rathes von Olsers entgegen. (St.-M.)

[Ueber die Reise des Königs nach Paris] kann die „B. V.-Z.“ heute noch folgende genauere Details mittheilen. Der König reist am nächsten Dienstag um 6 Uhr Abends pr. Expreßzug ab und kommt Mittwoch bereits um 3 Uhr Nachmittags in Paris an, so daß er noch an demselben Abend an dem großen vom Kaiser Napoleon ihm und dem russischen Kaiser gegebenen Feste Theil nimmt. Er bleibt 10 Tage in Paris und geht sehr kurze Zeit nach seiner Rückkunft nach Gms. Anfang August begiebt er sich zur Nachcur nach Ragaz. Für Mitte September ist der Besuchsbesuch des Kaisers Napoleon am hiesigen Platze angesetzt.

[Ministerielles.] Gestern Abend 8 Uhr fand im Ministerium des Auswärtigen eine vertrauliche Besprechung der Mitglieder des Staatsministeriums statt.

[Der französische Botschafter Benedetti] begiebt sich nach Paris und will Mitte Juni hierher zurückkehren, um alsdann nach Karlsbad zu reisen.

[Die Riesenkanone.] Es bestätigt sich, daß der Geh. Rath Krupp in Essen die aus seinem Etablissement hervorgegangene Riesenkanone, welche in der Pariser Ausstellung die größte Bewunderung erregt, unserer Regierung zum Geschenk angeboten hat und daß über deren Annahme noch nicht entschieden ist. Wie der „Berl. Mont.-Ztg.“ aus guter Quelle versichert wird, kostet Herrn Krupp die Herstellung dieses Monstre-Geschüßes selbst gegen 100,000 Thlr. und der Transport desselben nach Paris 2500 Thlr.

[Die Reorganisation der Elbherzogthümer] wird, namentlich seit der Geh. Rath Ewanger seine Stellung als Vicepräsident der hollsteinischen Regierung angetreten hat, mit sehr großem Eifer betrieben. Man hofft noch die Arbeiten in Bezug auf die Justiz und Verwaltung im Laufe der nächsten Monate beendigen zu können, doch macht die Trennung der Verwaltung von der Justiz enorme Schwierigkeiten.

[Der hannoversche Banquier Herr Ezechiel Simon] soll mehrere Millionen Thaler besitzen. Sein Vater, auch sehr reich, setzte vor etwa 20 Jahren aus krankhafter Furcht, er könne verarmen, seinem Leben in der Keine ein Ziel.

Hannover, 31. Mai. [Von der Marienburg.] Die Nachricht über die Sendung des Kammerherrn Grafen Einsingen bekräftigt die offizielle „N. G. Z.“ mit der Bemerkung, daß der Graf vom königl. preussischen General-Gouverneur die Erlaubniß erhalten hat, sich nach Plesing zu begeben, um wegen der Abreise der Königin Marie die Unterhandlung mit dem Könige Georg zu führen, wie dies Blatt anderentheils die Meinung ausspricht, daß Königin Marie zunächst nach Hummelshain zu ihrem Vater, dem Herzoge Joseph von Allenburg, reisen dürfte.

Mexico. [Ueber die Einnahme von Queretaro und über das Schicksal des Kaisers Maximilian] bringt die „Wiener Ztg.“ folgende telegraphische Depesche aus Washington vom 31. Mai: „Queretaro wurde am 15. in den frühen Morgenstunden durch Ueberumpelung genommen. Der Kaiser zog sich in die obere Stadt zurück, allein ein heftiger Artillerieangriff zwang ihn, sich auf Discretion zu ergeben, mit Mejia und Castillo v. Cos. Die Depesche Escobedo's ist vom 16. datirt. Bis dahin war kein Gewaltthat erfolgt. Ein anderes gutes Zeichen in Bezug auf die Absichten von Juarez ist die Freilassung von 600 in Puebla gefangenen Ausländern. Uebrigens verwendet sich die Regierung der Vereinigten Staaten nachdrücklich für die Freilassung des Kaisers und dafür, daß für den persönlichen Schutz Sr. Majestät bis zur Einschiffung gesorgt werde.“

+ Breslau, 3. Juni. [Militärisches.] Gestern früh um 5 Uhr rückte das 1. Bat. des Schles. Füslier-Reg. Nr. 38 von hier nach seiner neuen Garnison Grlitz ab, nachdem es am Blücherplatz Aufstellung genommen und der Herr Regimentscommandeur, Oberst v. Neumann, eine Ansprache an die Truppen gehalten hatte. Das Musikkorps des 51. Inf.-Reg. geleitete bis zum Weichbilde der Stadt das abziehende Bataillon, welches einen Marsch von 4 Meilen an diesem ersten Tage zurücklegen muß und in Neumarkt und Umgegend Nachtquartier hält.

△ **Breslauer Pferderennen.** Erster Tag. Obwohl die Witterung sehr günstig, vielleicht auch weil die Hitze zu tropisch war, fand das heutige Rennen keine so große Theilnahme von Seiten des Publicums, wie in früheren Jahren; insbesondere war die große Tribüne wenig besetzt. Trotzdem umwogte ein reges Leben den weiten Platz und laute Zurufe galden den Siegern im eblen Wettkampfe. Als Richter fungirte der Herzog von Ratibor, Assistent desselben war Baron v. Muschwitz; die specielle Leitung übernahm Hr. Graf Hendel von Donnersmard; die Ueberwachung des Breitenzies Herr v. Kramsta-Gäbersdorf, Herr Rittmeister v. Brillwis, Herr v. Montbach, der Waage Herr Baron v. Seidlitz-Hartlieb, Herr Bauinspector Lübeck; die Surveilance war Hrn. Director Knoff, Hrn. Graf Arthur v. Saurma und Hrn. Dr. Gantner anvertraut; das Schiedsgericht bildeten Sr. Durchlaucht Herzog von Ratibor, Herr Graf L. Hendel v. Donnersmard, Hr. Rittmeister v. Brillwis, Hr. Baron v. Muschwitz, Hr. Graf L. Hendel v. Donnersmard; für Ordnung auf dem Bahn sorgten die Herren v. Montbach und v. Kramsta-Gäbersdorf.

1) Eröffnungssrennen: Vereinspreis 300 Thlr.; Pferde aller Länder und jedes Alters; Distance 600 Ruthen; 50 Thaler Einlag, ganz Keugeld. Es waren angemeldet Graf v. Hendels sen. Fuchsstute „Lavin“, Graf v. Hendels brauner Wallach „Captain Crow“, Graf L. Hendels brauner Wallach „Corp-Corp“ (der auswärts in mehreren Rennen gefiegt hatte), Herr v. b. Lüßs Fuchsstute „Acroftic“, Ritter E. v. Molansky's brauner Hengst „Injurjent“, sowie einungeanntes Pferd des t. Haupt-Gefüßs Stadis. Lepteres, sowie „Lavin“ und „Injurjent“ traten nicht in das Rennen ein. „Corp-Corp“ fährte lange Zeit, gefolgt von „Captain Crow“, in der zweiten Diegung mal aber „Acroftic“, vor und fiegte mit einer Länge über „Corp-Corp“. Dauer des Rennens 2 Min. 44 Sec.

2) Kronprinz-Friedrich-Wilhelm-Rennen. Staatspreis 850 Thlr. Pferde 1864 geboren; 20 Friedrichs'r Einlag, 10 Frb'r. Keugeld. Distance 700 Ruthen; der Sieger erhält den Preis und die Hälfte der Einläge und Keugelder, das zweite Pferd die andere Hälfte. Von den 10 angemeldeten Pferden: Königl. Friedrich-Wilhelms-Gefüß Schimmelhengst „Deme-

Berlin, 1. Juni. Se. Majestät der König empfangen heute

